

Regeneration

S. 6

Dass die Wirtschaft angekurbelt werden muss, darüber herrscht weitgehend Einigkeit. Doch woher das nötige Geld nehmen? Der Landtag stritt beim Nachtragshaushalt über den rechten Weg.

Ortswechsel

S. 7-9

Die Welt ist ein Dorf, Entfernungen spielen (anscheinend) keine Rolle mehr. Gleichzeitig wachsen Staus, sind Bus und Bahn überlastet. Wie also die Mobilität von morgen sichern?

Sozialwohnungen

S. 11

Auch weniger betuchten Einkommensgruppen bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen, ist eine elementare Aufgabe des Staates. Experten erörterten Eckpunkte eines Wohnungsförderungsgesetzes.

Erfahrungen

S. 15

Das Kommunalwahlgesetz soll ein Maximum an Mitwirkungsmöglichkeiten bieten und gleichzeitig für funktionsfähige Stadträte sorgen. Sachverständige diskutierten Erkenntnisse aus der Praxis.

Und läuft und läuft und läuft?

Verkehrspolitik in Zeiten wachsender Mobilität

Inhalt

Inhalt/Blickpunkt	2
Hat die Realschule eine Zukunft?	3
<i>Aussprache wird zur Debatte über Schulstruktur</i>	
Standards für den Strafvollzug	4
<i>Parlament streitet über Situation in den Gefängnissen</i>	
Demokratische Werte wahren	5
<i>Fraktionen setzen im Kampf gegen Extremismus auf Bildung</i>	
Zwischen zuviel und zuwenig	6
<i>Nachtragshaushalt: Debatte über Schulden und Konjunkturabelung</i>	
Mobilität für wenig Geld	7
<i>Sachverständige bewerten die Forderung nach einem Sozialticket</i>	
Schlag auf Schlag	8-9
<i>Diesmal mit den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Wie viel Nichtraucherschutz darf es sein?	10
<i>Opposition kritisiert Gesetzentwurf der Landesregierung</i>	
Bedarfsgerechten Wohnungsbau fördern	11
<i>Sachverständige zur Rolle des Landes und der Kommunen</i>	
Gesetzgebung	12
Politische Teilhabe für Zugewanderte	13
<i>Integration ausbauen – zwei Gesetzentwürfe im Landtag</i>	
Aus den Ausschüssen	14
Neue Sperrklausel für die Räte?	15
<i>Sachverständige fordern eine Hürde im Kommunalwahlgesetz</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Lebendige Landtagsgeschichte	18
<i>Historiker Dieter Düding legt umfassende Arbeit über NRW-Parlamentarismus vor</i>	
Porträt: Lutz Lienenkämper (CDU)	19
Spenden für das Kölner Stadtarchiv	19
Impressum	19
Meldungen	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Leserservice

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de
Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Der Weg ist das Ziel

Der 18. Juli 2010 – ein denkwürdiger Tag für das Ruhrgebiet. Anlässlich der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 soll sich dann die Autobahn 40 auf rund 60 Kilometern Länge in eine Kunst- und Bürgermeile verwandeln. Kein einziges Auto soll dann jene Verkehrsschlagader befahren, auf der man sonst täglich über 100.000 Fahrzeuge zählen kann. Dieser Anblick der autoleeren A 40 dürfte einmalig bleiben, schließlich sagen Fachleute langfristig einen weiteren Anstieg des Verkehrsaufkommens nicht nur für das Ruhrgebiet voraus. Die Welt ist mobil, und alle virtuellen Datenautobahnen können die Tatsache nicht ersetzen, dass wir uns auch im wirklichen Leben von A nach B bewegen müssen. Dass dies möglichst reibungslos und ohne unnötige Kosten für Mensch und Umwelt geschehen sollte, ist eine der größten Herausforderungen für die Verkehrspolitik. Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen.

Schon jetzt sind in NRW rund zwölf Millionen Kraftfahrzeuge registriert. Und schon jetzt stellt gerade der tägliche Berufsverkehr das Straßennetz wie auch die Nerven der Autofahrerinnen und Autofahrer auf große Belastungsproben. Wer mit dem Auto zur Arbeit fährt, kennt die täglichen Knotenpunkte und Staustellen allzu gut. Doch auch wer lieber den Öffentlichen Nahverkehr nutzt, sieht sich in Bussen und Bahnen zu Stoßzeiten mit erheblichem Andrang konfrontiert. Mit dem Ausbau von Straßen- und Schienennetzen suchen die politischen Akteure in Kommunen, Land und Bund wortwörtlich nach planerischen Auswegen für die Millionen Menschen, die täglich unterwegs sind.

MOBILITÄT IN METROPOLLEN

Maßnahmen wie der geplante Rhein-Ruhr-Express zwischen Dortmund und Köln sollen auf der Schiene die bisherigen Strecken entlasten und zusätzliche Fahrgäste für den Zug gewinnen. Zugleich sollen Projekte wie der Ausbau des Kölner Autobahnringes das Staurisiko reduzieren. Besonders für die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen muss die Verkehrspolitik Antworten auf existenziell wichtige Fragen finden. Wollen beispielsweise die Städte im Ruhrgebiet weiterhin zu einer Metropolregion zusammenwachsen, ist ein abgestimmtes Verkehrskonzept unabdingbar. Nordrhein-Westfalen wird im wahrsten Sinne des Wortes erst dann erfahrbar, wenn der Verkehrsfluss garantiert ist.

Die Anforderungen an Mobilität lassen sich nicht zurückdrängen. Daher stellt sich der Landtag dem Thema. Und berät zum Beispiel mit Sachverständigen darüber, ob und inwieweit die finanzielle Förderung eines Sozialtickets für den Öffentlichen Nahverkehr sinnvoll ist. Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe zeigt: Für die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen ist der Weg das Ziel. *sw*

Hat die Realschule eine Zukunft?

Aussprache wird zur Debatte über Schulstruktur

1. April 2009 – Die Zukunft der Realschulen sei in Gefahr, befürchten die Fraktionen von CDU und FDP und beantragten zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde im Plenum des Landtags. Darin stritten die Bildungspolitikerinnen und -politiker über Vor- und Nachteile der Realschulen als Bestandteil des gegliederten Schulsystems in Nordrhein-Westfalen – ein Dauerbrenner für hitzige Debatten.

Mit dem Modell des längeren Lernens von SPD und Grünen befasste sich **Bernhard Recker** (CDU) als erster Redner. Eltern hätten damit nach der Grundschule keine Wahlmöglichkeit mehr. Wo denn da die demokratischen Prinzipien bleiben? Wenn man SPD und Grünen folge, würde Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland zur „realschul- und gymnasialfreien Zone“. Dabei leisteten die Realschulen eine hervorragende Arbeit, die auch von der Wirtschaft geschätzt werde und die es fortzusetzen gelte. Die CDU-Fraktion stehe daher für das gegliederte

lobte die „Mischung aus frühzeitiger Berufsorientierung und fachlich-theoretischer Grundlage“. CDU und FDP stärkten die Schulform nun zudem mit einem neuen pädagogischen Konzept. Das Schulmodell von SPD und Grünen bezeichnete sie als „Zwangsgemeinschaft“. Die Realschulen seien dank CDU und FDP nicht in Gefahr.

Die Kritik des Realschullehrerverbandes an einer drohenden Einheitsschule nahm **Ute Schäfer** (SPD) auf. Diese richte sich zu einem Großteil

schulen im Prinzip schnurz“, meinte **Sigrid Beer** (Grüne). Die FDP wolle eine „Zwei-Klassen-Bildung mit einem privilegierten Gymnasium“. Dies, so die Bildungspolitikerin, könne und dürfe sich diese Gesellschaft aber nicht mehr leisten. Das gegliederte Schulsystem habe seine demokratische Legitimation verloren, weil es Kinder und Jugendliche ausgrenze und soziale Spaltung verstärke. Das habe auch die CDU mitzuverantworten, etwa durch die Aufhebung der Grundschulbezirke. „Wachen Sie auf!“, rief Beer der CDU-Fraktion zu. Der Markt sei nicht der Messias, wenn es darum gehe, mehr Qualität und Gerechtigkeit ins Bildungssystem zu bringen. Es sei die CDU, die im Neandertal der Schulsysteme sitze, während die Evolution an ihr vorbeiziehe.



Fotos: Schälte

Bernhard Recker (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Ute Schäfer (SPD)

Sigrid Beer (Grüne)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

Schulsystem ein, ohne Wenn und Aber. Er bewertete es als „ziemlich weit hergeholt“, dass individuelle Förderung in einem „uniformen Einheitsschulwesen“ besser gelingen solle. Man müsse sich innerhalb des bestehenden Schulsystems auf die Qualität in Bildung und Unterricht konzentrieren.

Die FDP, versicherte **Ingrid Pieper-von Heiden** für ihre Fraktion, stehe ebenfalls zum gegliederten Schulsystem. Die Realschulen seien und bleiben ein stabiles Rückgrat des Bildungssystems in NRW und erzielten seit Jahrzehnten starke Leistungen. Für die mittelständische Wirtschaft, die Verwaltung und kaufmännische wie technische Berufe, so die FDP-Sprecherin, sei die Realschule ein verlässlicher Anker, der auch Schülerinnen und Schülern aus unterschiedlichsten Milieus den Weg zum schulischen Erfolg ebne. Sie

an CDU und FDP. „Sie werden immer nervöser, wenn es um bildungspolitische Fragen geht“, attestierte Schäfer den Regierungsfractionen. CDU und FDP hätten es in „atemberaubender Geschwindigkeit geschafft, es sich mit fast allen zu verscherzen“. Gründe dafür sah sie unter anderem im „Turbo-Abitur“, der Unterrichtsverdichtung, fehlender Ganztagsausstattung, einer Diffamierung der Gesamtschulen, im Lehrermangel, im Unterrichtsausfall und in der Einführung der Kopfnoten, die eine Million Stunden Unterrichtsausfall bedeuteten. Inzwischen stecke die Koalition in einem „riesigen, bildungspolitischen Dilemma“ und sitze zwischen allen Stühlen, während man in NRW eine Schulreform von unten erlebe.

„Der FDP sind die Realschulen, die Hauptschulen, Förderschulen, erst Recht die Gesamt-

Die Realschule, lobte **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU), sei stabil, leistungsfähig und gesellschaftlich akzeptiert. Ziel der Landesregierung sei es, diese Stärken zu bewahren und auszubauen. In den nächsten beiden Schuljahren wolle man für ein flächendeckendes Angebot an Realschulen mit einem Ganztagsbetrieb sorgen. Sommer lobte die Schulform als eine solche, die sowohl auf eine Berufs- als auch – über einen anschließenden Besuch des Gymnasiums, der Gesamtschule oder des Berufskollegs – auf eine Studienqualifizierung vorbereite. Die Realschule vermittele zudem eine erweiterte allgemeine Bildung. Sie verstehe sich daher als „Schule mit Chancen für viele“, auch für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. 95 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Realschulen erlangten am Ende der Klasse zehn die Fachoberschulreife.

sow

Standards für den Strafvollzug

Parlament streitet über Situation in den Gefängnissen

2. April 2009 – In über 800 Fällen klagen derzeit laut Medienberichten Häftlinge gegen menschenunwürdige Unterbringung in nordrhein-westfälischen Gefängnissen. Dies nahmen die Grünen zum Anlass, im Plenum verbindliche Standards für den Justizvollzug und Maßnahmen zur Haftvermeidung zu fordern (Drs. 14/8870). Derartige Konzepte seien längst realisiert, entgegneten die Justizministerin sowie die Regierungsfractionen von CDU und FDP.

„Gilt Menschenwürde auch für Straftäter in Nordrhein-Westfalen?“, fragte **Monika Düker** (Grüne). „Und wenn ja: Was ist menschenwürdige Unterbringung?“ Die Abgeordnete sprach sich dafür aus, diese Frage einheitlich zu regeln. Die Ansprüche an einen menschenwürdigen Strafvollzug seien nicht flächendeckend erfüllt. So würden Einzelzellen unter zehn Quadratmetern häufig doppelt belegt, kritisierte die Grüne. Sie forderte, die Entschädigung für einen unrechtmäßigen Hafttag von derzeit elf Euro auf mindestens 50 Euro zu erhöhen und die Pauschale durch fallorientierte Entschädigung zu ersetzen. „In Deutschland sind inzwischen auch Gerichtsentscheidungen so weit, die sagen: Elf Euro sind erbärmlich für einen Rechtsstaat.“ Zugleich komme es darauf an, Haft zu vermeiden. „Hier fehlt es an einem Gesamtkonzept“, so Düker.

Fotos: Schälte

Der Antrag der Grünen, sagte **Harald Giebels** (CDU), offenbare eigene Defizite der Grünen zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung. Diese habe netto lediglich 320 Haftplätze neu geschaffen. Dagegen habe die Landesregierung von CDU und FDP bis jetzt eine halbe Milliarde Euro in Baumaßnahmen des Justizvollzugs investiert. Im neuen Jugendstrafvollzugsgesetz seien zudem Standards zu Größe und Ausgestaltung von Hafträumen festgesetzt, die auch für die Untersuchungshaft und Einzelräume im allgemeinen Strafvollzug vorgesehen seien. Außerdem habe die Landesregierung eine Bundesratsinitiative unterstützt, den Entschädigungssatz auf 25 Euro pro Tag zu erhöhen. Dieser Betrag betreffe ausschließlich immaterielle Schäden“, erklärte Giebels. „Davon unberührt ist der Ausgleich für eingetretene Vermögensschäden.“

„In diesem Land leben Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen“, meinte **Thomas Stotko** (SPD). Wenn ein Gericht die Enge im Gefängnis als nicht menschenwürdig bezeichnet, kann die Konsequenz nicht darin bestehen, irgendwelche Neubauten zu schaffen“, so der Sozialdemokrat. Das reiche nicht. Vielmehr sei die schwarz-gelbe Landesregierung seit vier Jahren untätig,

wenn es um Projekte zur Haftvermeidung gehe.

Fast 1.000 Menschen seien inhaftiert, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen könnten. In diesen Fällen könne es gelingen, Haft durch Arbeitstage zu ersetzen und Kosten im Strafvollzug zu reduzieren. Für nicht sinnvoll hielt Stotko den Vorschlag, die pauschale Entschädigung abzuschaffen. Die Pauschale

habe den Vorteil, dass „der Häftling nicht noch um jeden einzelnen Euro streiten“ müsse.

Auf die Baumaßnahmen der Landesregierung für den Strafvollzug wies demgegenüber **Dr. Robert Orth** (FDP) hin. Der Ausbau der 18.000 Haftplätze in Nordrhein-Westfalen könne jedoch nicht in wenigen Jahren geschafft werden. „Man muss planen und bauen. Wer schon einmal ein Haus gebaut hat, weiß, dass auch ein Einfamilienhaus nicht mal eben in zwölf Monaten dahingesetzt wird“, veranschaulichte der Liberale. Neubaupläne wie in Wuppertal-Ronsdorf würden gerade durch die Grünen erschwert, „weil dort irgendein Lurch durch die Gegend kriecht“. Es sei scheinheilig, „auf der einen Seite zu sagen, wir hätten zu wenige Haftplätze, und auf der anderen Seite die Neubauten zu torpedieren“, fand Orth. Die Landesregierung setze nun Standards im Strafvollzug. „Wir bauen, bauen und bauen, und das zum Wohl der Häftlinge.“

„Wir haben das von der SPD jahrzehntelang weggesperrte Stiefkind Strafvollzug an die Hand genommen und ans Licht geholt“, fasste **Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU) die Maßnahmen der Landesregierung zusammen. „Enorme Anstrengungen“ seien seit der Regierungsübernahme unternommen worden, „um jahrzehntelange Versäumnisse aufzuarbeiten, um die Gefängnisse auf einen modernen Stand zu bringen und um die Haftbedingungen durch zahlreiche Baumaßnahmen zu verbessern.“ Derzeit lasse sie außerdem eine Planung für den weiteren Neubau von Justizvollzugsanstalten beziehungsweise für die Erweiterung bestehender Anstalten erstellen. Mit dem Programm „Schwitzen statt Sitzen“ sei es längst gelungen, Hafttage zu reduzieren. Zur Kritik der Opposition sagte die Ministerin: „Sie reden – wir handeln.“

SW

Auseinandersetzung im Plenum: Thomas Kutschaty (SPD) und Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Fotos: Schälte

„Besorgniserregend“ fand **Thomas Kutschaty** (SPD) den Anstieg rechtsextremer Gewalttaten. Dies sei längst kein Randproblem mehr, sondern ein Problem „in der Mitte unserer Gesellschaft“. So sei zu beobachten, dass sich rechtsextreme Parteien stärker kommunalisierten und in Gemeinderäten vertreten seien. Umso mehr komme es darauf an, die Wahlbeteiligung zu fördern, damit diese Parteien möglichst wenige Stimmen erhielten, sagte der Sozialdemokrat. Er nannte es einen „Skandal“, dass der Staat Parteien mit Steuergeldern finanzieren müsse, deren Mitglieder die Demokratie abschaffen wollten. Zugleich sprach er sich dafür aus, politische Bildung und kommunale Jugendarbeit mit mehr Finanzmitteln auszustatten, um junge Menschen frühzeitig zu sensibilisieren: „Unsere Demokratie muss es uns wert sein.“

Demokratische Werte wahren

Fraktionen setzen im Kampf gegen Extremismus auf Bildung



Theo Kruse (CDU)



Horst Engel (FDP)



Monika Düker (Grüne)

„Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus ob von Rechts oder Links dürfen in unserer Gesellschaft keine Chance haben“, erklärte **Theo Kruse** (CDU). Er verwies auf einen Beschluss aller vier Landtagsfraktionen (Drs. 14/5832), die sich im vergangenen Dezember für kulturelle Vielfalt und Toleranz ausgesprochen hatten. „Es darf keine Landstriche und Stadtviertel geben, in denen Extremisten das Sagen haben“, so der Christdemokrat. Von der SPD-Fraktion verlangte er eine deutliche Abgrenzung zur Linkspartei, die ein „Sammelbecken für Linksextremisten“ sei. Für die Schulbildung forderte der Abgeordnete, jungen Menschen das Wissen über gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge zu vermitteln. „Wir verteidigen unseren Rechtsstaat gegen jeglichen Versuch, seine tragenden Säulen zu zerstören.“

„Eine verachtenswerte Ideologie wird umso gefährlicher, wenn sie in Parolen modern verpackt und auf aktuelle Ereignisse zugeschnitten wird“, sagte **Horst Engel** (FDP). Dieser Entwicklung müsse ein „massiver Widerstand aller Demokraten“ entgegenstehen. Aufklärung und Bildung seien die besten Mittel zur Bekämpfung des Extremismus, „denn helle Köpfe machen es dunklen Gedanken schwer“. Die Gesellschaft dürfe nicht dulden, dass rechte wie linke Extremisten gezielt Demonstrationen für Gewalttaten missbrauchten. Die Fraktionen rief Engel auf, „Ängste der Bürgerinnen und Bürger“ gerade in Zeiten weltweiter Veränderungen ernst zu nehmen. „Wir Freien

Demokraten stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, die vor 60 Jahren erkämpften Grundregeln und Werte der Gesellschaft zu achten und zu wahren.“

„Es reicht nicht aus, Berichte vorzulegen“, meinte **Monika Düker** (Grüne) und forderte ein wirksameres Handeln gegen den Rechtsextremismus. Die rechte Szene werde immer gewaltbereiter, und zugleich würden rechte Parteien ihre Abgrenzung zu gewalttätigen Neonazis aufgeben. Gerade im Vorfeld der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sei es notwendig, die Menschen über die Ideologien und Gefahren des Rechtsextremismus aufzuklären. Daher müsse auch der Innenminister Initiative zeigen. Düker forderte, lokale Bündnisse gegen den Extremismus vor Ort stärker zu fördern und kommunale Informationskampagnen ins Leben zu rufen. Auch die Schulen seien gefragt. Sie müssten jungen Menschen noch vermitteln, dass in

der Demokratie jeder Mensch eine Chance bekomme und niemand benachteiligt werde.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) versicherte dem Parlament, die Zunahme rechtsextremer Gewalttaten ernst zu nehmen. Der Anstieg in der Statistik sei aber unter anderem auf eine höhere Bereitschaft in der Bevölkerung zurückzuführen, extremistische Gewalt- und Straftaten anzuzeigen. „Es ist ein gutes Zeichen, wenn Hakenkreuze und Hitlergrüße nicht hingenommen werden“, erklärte der Innenminister. Er warnte jedoch vor allzu „einfachen Lösungen“ für das Problem des politischen Extremismus. So sei es nicht ohne Risiko, Parteien verbieten zu wollen, da diese von gescheiterten Verbotverfahren eher profitierten. Wie auch seine Vorredner gab Wolf Präventionskonzepten besonders für junge Menschen Vorrang. „Wir müssen schon bei den Kleinsten und Jüngsten damit anfangen“, sagte der Innenminister.

SW

Zwischen zuviel und zuwenig

Nachtragshaushalt: Streit über Schulden und Konjunkturankurbelung

1. April 2009 – Der Schuldenberg wächst in diesem Jahr um 5,6 Milliarden Euro und damit stärker, als zunächst vorgesehen: Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag einen Nachtragshaushalt in zweiter und dritter Lesung beschlossen (Drs. 14/8650). Die Regierung spricht von einem notwendigen Schritt in der Krise. Die Opposition wirft ihr mangelhafte Vorsorge vor.

„Bitter ist durchaus, dass wir mit diesem Nachtragshaushaltsplan krisenbedingt eine deutlich höhere Neuverschuldung beschließen müssen“, bedauerte **Volkmar Klein** (CDU). Gut 2,6 Milliarden Euro Schulden müsse das Land zusätzlich aufnehmen. Dies sei jedoch aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre akzeptabel. Die Nettokreditaufnahme liege 2009 somit bei 5,6 Milliarden Euro. „Zur Endzeit der rot-grünen Regierung haben wir ohne jede Krise, sozusagen im Normalzustand, kontinuierlich wesentlich höhere Neuverschuldungen erlebt.“ Auch sei die Umsetzung des Konjunkturpakets kommunalfreundlich. Die kommunalen Spitzenverbände hätten den Nachtragshaushalt gelobt und sich gegen ein zusätzliches landeseigenes Konjunkturpaket ausgesprochen.

„Ihr Nachtragshaushalt legt wirklich schonungslos offen, dass Sie mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, die es seit der 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben hat, schlichtweg überfordert sind“, warf **Martin Börschel** (SPD) der schwarz-gelben Landesregierung vor. Trotz Steuerermehreinnahmen von 7,5 Milliarden Euro sei keine Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen worden. Weder Rot-Grün noch die Krise seien für den „Rekordschuldenstand des Landes“ verantwortlich. „Sie regieren schließlich“, sagte Börschel. Außerdem sei es peinlich, dass das größte Bundesland keinerlei eigenen Konjunkturimpuls setze. Zudem könne man das bloße Weiterleiten von 2,133 Milliarden Euro des Bundes an die Kommunen nicht als kommunalfreundliches Verhalten verklären.

„Das trifft die Sache in keiner Weise“, hielt **Angela Freimuth** (FDP) den Vorwürfen der Opposition entgegen. Die Regierung habe vorgesorgt. Monatlich würden 500 Euro pro neu eingestellter Beamtin oder neu eingestelltem Beamten an einen Pensionsfonds gezahlt. Auch sei die Umsetzung des Konjunkturpakets durchaus positiv für die Kommunen. Rund 83 Prozent der 2,8 Milliarden Euro könnten die Städte eigenverantwortlich verwenden. Damit liege Nordrhein-Westfalen im Vergleich

der Bundesländer an der Spitze. Sie gehe davon aus, dass die Städte nun zügig Aufträge vergeben würden. Im Hinblick auf die höhere Kreditaufnahme, die wegen der zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen nötig sei, meinte die FDP-Sprecherin: „Uns obliegt eine besondere Verantwortung für diese besondere Bürde.“

„Sie haben bisher freiwillig keinen einzigen Euro für die Belebung der Konjunktur eingesetzt. Sie dokumentieren nur Steuerausfälle“, kritisierte **Ewald Groth** (Grüne) die Landesregierung. Finanzminister Dr. Helmut Linssen, von ihm als „Schuldenminister“ bezeichnet, solle endlich die Karten auf den Tisch legen. Es sei bereits absehbar, dass mit der Mai-Steuerschätzung weitere Ausfälle und damit ein zweiter Nachtragshaushalt anstünden. Und es stimme nicht, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Nettoneuverschuldung in den vergangenen Jahren gesenkt habe. „Sie haben mehr Geld eingenommen und den Kommunen strukturell 1,3 Milliarden Euro

weggenommen“, sagte Groth. Zudem habe die Koalition versäumt, Milliardeneinnahmen zur Konsolidierung einzusetzen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) verteidigte die höhere Neuverschuldung, die allein auf konjunkturelle Einbußen bei den Steuereinnahmen und die zusätzlichen Ausgaben zurückzuführen sei. Zwar könne niemand verlässlich sagen, wie die wirtschaftliche Situation am Ende des Jahres aussehen werde. Doch „mittlerweile, denke ich, ist klar, dass es unproduktiv, geradezu kontraproduktiv wäre, gegen diese Krise anzuspähen“, sagte Linssen. In den vergangenen Jahren habe die schwarz-gelbe Regierung 92 Prozent der Steuermehreinnahmen genutzt, um die Netto-neuverschuldung zu reduzieren. Den Vorwurf der Opposition, das Land habe kein eigenes Konjunkturpaket aufgelegt, ließ Linssen nicht gelten. Insgesamt habe NRW über fünf Milliarden Euro an Impulsen gegeben. *Daniela Braun*

Der Schuldenberg des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt nach dem Stand vom Dezember letzten Jahres rund 116,5 Milliarden Euro. Das sind nach einem Bericht des Finanzministeriums zwar knapp 600 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Heruntergerechnet auf die NRW-Bevölkerungszahl von 18 Millionen ist aber immerhin noch jede und jeder von uns mit 6.500 Euro verschuldet – vom Säugling bis zum Greis.

Beratung auf der Regierungsbank: Finanzminister Dr. Helmut Linssen und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (beide CDU)

Foto: Schälte



Mobilität für wenig Geld

Sachverständige bewerten die Forderung nach einem Sozialticket

21. April 2009 – Dortmund hat es, Köln hat es, einige Kommunen planen es: ein Sozialticket für den Öffentlichen Nahverkehr, das einkommensschwache Menschen sehr günstig erwerben können. Die Kommunen, die ein solches Ticket anbieten, tragen die Kosten dafür selbst. SPD und Grüne sehen hingegen die Regierung in der Verantwortung, sie finanziere schließlich auch Schülermonatskarten und Semestertickets. Mobilität sei Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. In einer gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) und für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) unterstützten Sachverständige mehrheitlich die entsprechenden Anträge der Grünen (Drs. 14/7644) und der SPD (Drs. 14/7664), die die landesfinanzierte und möglichst flächendeckende Einführung eines Sozialtickets in NRW fordern.

Foto: Schälte

In einer schriftlichen Stellungnahme begrüßen die kommunalen Spitzenverbände NRW zwar grundsätzlich das Anliegen. Es dürfe aber nicht zulasten der kommunalen Haushalte gehen. Soziale Aufgaben seien zudem originär bundesgesetzlich zu regeln. Die Entscheidung für oder gegen ein Sozialticket solle nicht die Landesregierung treffen, sondern jede Kommune für sich.

Immer mehr Menschen, sagte Stefan Pfeifer vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW, würden aus dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausgeschlossen, weil sie sich die Fahrpreise nicht mehr leisten könnten. Der ÖPNV sei aber einer der Kernbereiche öffentlicher Daseinsfürsorge. Gegensteuern könne man in der Tat mit dem „Tabubruch“ Sozialticket.

Peter Bartow von der Stadt Dortmund berichtete aus der dortigen Praxis. Der Preis des Sozialtickets, das die Stadt Anfang letzten Jahres eingeführt hat, entspreche dem, was im Hartz-IV-Satz monatlich für Mobilität vorgesehen sei: 15 Euro. Die Bestellung von 23.000 Sozialtickets in Dortmund zeige, „wie dringend das Ticket gebraucht wurde“ – etwa für Arztbesuche. Das Sozialticket, fügte Hubert Jung von der Dortmunder Stadtwerke AG hinzu, decke allerdings nur zu 65 Prozent die entstehenden Kosten. Raimund Breuker von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft berichtete, für den Kreis Unna, der ebenfalls ein Sozialticket eingeführt hat, sei

die wirkliche finanzielle Wirkung noch unklar. Die Verkaufszahlen seien höher gewesen als erwartet.

In Köln, berichtete die städtische Dezernentin Marlies Bredehorst, stehe das Sozialticket nicht nur Menschen zu, die Sozialhilfe oder Hartz IV bezögen, sondern etwa auch Wohngeld oder ein sehr niedriges Einkommen. Dies dürfe bis zu zehn Prozent höher sein als die sozialen Transferleistungen.

PRAXISBERICHTE

Walter Reinarz sprach einerseits für die Kölner Verkehrsbetriebe, andererseits für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), der auch viele kleine Verkehrsunternehmen in ländlichen Regionen vertritt. So verwies er auf die großen Unterschiede, die es zwischen einer Großstadt wie Köln und ländlichen Kreisen hinsichtlich des Nahverkehrsangebots gebe. Auch die Kalkulation der Verkehrsunternehmen sei entsprechend verschieden. Nach Meinung des VDV sollte die öffentliche Hand ein Kontingent an Tickets mit Großkundenrabatt erwerben, an Bedürftige vergünstigt verkaufen und für die Differenz selbst aufkommen. „Wir haben ja heute schon fast Sozialtickets“, bemerkte Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag vom Ver-

kehrsverbund Rhein-Sieg, denn die Ticketpreise deckten nicht mehr als 60 Prozent der tatsächlichen Kosten ab.

Lothar Ebbens von Pro Bahn e. V. problematisierte die Situation in ärmeren Kommunen und eine dortige „Abwärtsspirale“: Fahrgäste, die sich die Tickets nicht mehr leisten könnten, brächten Einnahmeausfälle, die die Verkehrsunternehmen zu Streckeneinsparungen oder Preiserhöhungen zwingen könnten. Dies träfe dann auch die Dauerkundinnen und -kunden.

Kommunale, Landes- oder Bundeszuständigkeit? Solange sich sonst niemand bewege, müsse das Land tätig werden, fand Jürgen Eichel vom Verkehrsclub Deutschland (Landesverband NRW). Er konnte sich eine Deckelung der Kosten auf Landeseite vorstellen.

Nachdrückliche Unterstützung für die Anträge von SPD und Grünen kam von Daniel Kreuz vom NRW-Landesverband des Sozialverbands Deutschland. Auch er plädierte dafür, Menschen schon mit Einkünften bis zum 1,2-fachen von Transferleistungen zum Erwerb von Sozialtickets zu berechtigen. Mit Blick auf die persönliche Freiheit und Menschenwürde, die jedem Menschen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Mobilität zugestehe, fragte Robert Walter vom Sozialverband VdK NRW abschließend: „Können wir es uns leisten, auf ein Sozialticket zu verzichten?“

sow

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Heinz Sahnen (CDU)



Bodo Wißen (SPD)

Das aktuelle Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Städten und Gemeinden ist ...

... eine attraktive Alternative zum Individualverkehr. Mancherorts gib es noch Spielräume für Verbesserungen von Angebot, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit. Mit der ÖPNV-Novelle ist ein angemessener ÖPNV langfristig finanziell und organisatorisch gesichert.

... ungenügend. Der ländliche Raum wird durch die Kürzungen von schwarz-gelb abgehängt. Das Angebot im Ballungsraum Rhein-Ruhr ist vor allem zu Hauptverkehrszeiten mangelhaft. Der Grund: Rüttgers kürzt kalt lächelnd Gelder für den ÖPNV. Die Mobilität von Millionen Menschen ist ihm egal.

Ein durch Landesmittel gefördertes Sozialticket halte ich für ...

... nicht bezahlbar vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushalts- und Wirtschaftslage. Diesbezüglich liegt die Kompetenz nicht beim Land, sondern im Ermessen der Kommunen, die ihre finanziellen Spielräume ausloten müssen, wenn sie zusätzliche Verkehrsleistungen erbringen möchten.

... dringend nötig. Deswegen hat die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht. Leider hat den die Rüttgers-CDU abgelehnt, obwohl sie für die Preissteigerungen von über 12 Prozent verantwortlich ist. Für uns ist Mobilität eine soziale Frage. Wir kämpfen weiter für ein Sozialticket.

Um dem wachsenden Verkehrsaufkommen, zum Beispiel auf den Straßen, gerecht zu werden, ist es notwendig, ...

... erforderliche Investitionen in den Ausbau und vor allem Dingen in den Erhalt unserer Straßen vorzunehmen. Verstärkt müssen wir auch auf die entlastende Wirkung anderer Verkehrsträger wie Bahn und Binnenschiff setzen – hieran arbeiten wir ausweislich des Masterplans Nordrhein-Westfalen.

... so viel Güterfernverkehr auf die Wasserstraße und die Schiene zu verlagern wie möglich. Wir brauchen den „Eisernen Rhein“ und den Ausbau der „Betuwe“. Gestaffelte LKW-Maut-Gebühren nach Tageszeiten und Ortslagen sollten eingeführt werden. Alternativ zum Auto brauchen wir einen attraktiven ÖPNV.

Das Konzept der „integrierten Verkehrsplanung“, der Abstimmung von Maßnahmen im Schienen- und Straßenverkehr, ist aus meiner Sicht ...

... für den notwendigen Ausbau der kombinierten Güterverkehre vor dem Hintergrund der Verkehrsprognosen eine wichtige Schablone für eine intelligente Verkehrsplanung gewesen, die wir in NRW verfolgen.

... gut von der damaligen rot-grünen Landesregierung geplant und schlecht von der aktuellen schwarz-gelben Landesregierung umgesetzt worden. So wurden willkürlich bestimmte Maßnahmen z. B. im Schienenbereich herausgenommen und andere oft gegen den Willen vor Ort etwa beim Straßenbau durchgepeitscht.

Das Ziel, die Straßen vom Pendlerverkehr zu entlasten, wird durch den geplanten Rhein-Ruhr-Express zwischen Dortmund und Köln ...

... Wirklichkeit. Der RRX wird neue Kapazitäten im Nahverkehr schaffen. Für die Ballungsräume an Rhein und Ruhr wird durch den hochwertigen und schnellen RRX eine spürbare Entlastung für den Straßenverkehr entstehen, insbesondere weil der RRX über weite Strecken auf einem eigenen Gleis fahren wird.

... zielstrebig verfolgt. Unsere Vorsitzende Hannelore Kraft hat mit dem SPD-geführten Bundesverkehrsministerium dafür gesorgt, dass die Planungsgelder bereitgestellt werden. 1,4 Milliarden Euro wird der Bund in den nächsten Jahren in NRW für den RRX verbauen. Jetzt ist die Landesregierung am Zuge.

Über den Ausbau von Schienen und Straßen hinaus muss die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen ...

... die ideologiefreie Kombination der Stärken aller Verkehrssysteme verfolgen. Das kennzeichnet eine ökologisch vertretbare und wirtschaftlich sinnvolle, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik. Auf diesem Weg sind wir in NRW seit 2005 ein gutes Stück weit vorangekommen.

... die Binnenhäfen fördern. Leider hat CDU-Rüttgers die NRW-Binnenhäfen geschwächt, indem er ihnen staatliche Aufgaben übertragen hat. Wie versprochen, muss die Landesregierung auch endlich das Luftverkehrskonzept fort-schreiben. Anwohner, Beschäftigte und Kunden müssen wissen, wo die Reise hingeht.

Der Umweltschutz ist in der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik ...

... soweit wie möglich berücksichtigt. NRW bekennt sich zum Klima- und Lärmschutz. Die Verkehre müssen hierzu ihren Beitrag leisten, durch effiziente Fahrzeugtechnologie und störungsfreie Verkehrsabläufe. Dafür sind die Voraussetzungen ständig weiter zu verbessern.

... eine Kategorie, der unter rot-grün ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Die Vereinbarkeit des zunehmenden Verkehrs mit den Interessen von Anwohnern an Flughäfen, Autobahnen und Eisenbahntrassen muss das Ziel auch dieser Landesregierung und des bereits zweiten CDU-Verkehrsministers werden.

Diesmal sind es die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen.

Christof Rasche (FDP)



Horst Becker (Grüne)



... mit erheblicher Unterstützung des Landes auf ein hochwertiges Niveau ausgebaut worden. Unser Ziel ist, den Nahverkehr durch mehr Wettbewerb auf Schiene und Straße weiter zu verbessern. Wir erwarten, dass die kommunalen Aufgabenträger die Gestaltungsmöglichkeiten des neuen ÖPNV-Gesetzes effektiv nutzen.

... ein aus Sicht der Betroffenen nachvollziehbares Anliegen. Für die Vergabe von ermäßigten Fahrausweisen für einkommensschwache Bürger sind aber die Kommunen und die Aufgabenträger zuständig, die dies aus der vom Land bereitgestellten ÖPNV-Pauschale von jährlich 110 Millionen Euro finanzieren können.

... in den Erhalt und den Ausbau aller Verkehrsträger zu investieren. An erster Stelle stehen dabei Investitionen in das Straßennetz. Denn die Straße ist und bleibt das Rückgrat des NRW-Verkehrssystems. Die Schiene alleine wird die zunehmenden Verkehrsströme nicht bewältigen können.

... ein wichtiges Instrument, um die verschiedenen Verkehrsmittel und -träger optimal miteinander zu verknüpfen. Zugleich stellen objektive Bewertungsverfahren sicher, dass knappe öffentliche Mittel dort investiert werden, wo sie den größten Nutzen stiften. So ist eine Schienenpriorisierung ausgeschlossen.

... in absehbarer Zeit erreicht. Nach unzähligen Absichtserklärungen der rot-grünen Vorgängerregierung gibt es endlich Planungssicherheit für dieses überragende Verkehrsprojekt des Landes. Europas größter Ballungsraum bekommt ein leistungsfähiges, schnelles Angebot für den Personenverkehr auf der Schiene.

... auch die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Flughäfen, Wasserstraßen und Binnenhäfen erhöhen. Dies ist für den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen mit seinen internationalen Verflechtungen, für Arbeitsplätze und Wohlstand im Land von zentraler Bedeutung.

... kein Gegensatz zum notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. FDP und CDU haben in den vier Jahren ihrer Regierungsverantwortung gezeigt, wie man die berechtigten Schutzbedürfnisse von Mensch und Natur mit den Mobilitätsbedürfnissen von Bürgern und Unternehmen in Einklang bringt.

... nach den Kürzungen der ÖPNV-Mittel durch die CDU/SPD-Bundesregierung und die schwarz-gelbe Landesregierung von massiven Angebotsverschlechterungen bei gleichzeitigen Preiserhöhungen bedroht. Die Kürzungen summieren sich auf rund 600 Millionen Euro und diese Landesregierung tut nichts!

... unverzichtbar, weil Busse und Bahnen zentrale Elemente öffentlicher Daseinsvorsorge sind. Durch Hartz IV und Altersarmut werden immer mehr Menschen von der Mobilität und der Gesellschaft durch steigende Fahrpreise ausgeschlossen. Das Sozialticket muss landesweit kommen, auch in den ärmeren Städten.

... eine Offensive für eine klimagerechte Mobilität der Zukunft zu gestalten. Die Straßenvorrangpolitik der jetzigen Landesregierung führt jedoch in die Sackgasse. Wir brauchen nicht Kürzungen beim ÖPNV. In den Städten ist auch mehr Platz für den Rad- und Fußverkehr zu schaffen.

... von den Grünen durchgesetzt, aber von dieser Landesregierung nicht verstanden worden. Wenn der Minister Planfeststellungen für den Straßenbau bejubelt, aber für 16 Schienenprojekte einen Ausbaustopp verhängt, dann ist das verkehrspolitische Ideologie, aber keine integrierte Verkehrsplanung.

... nur mit landesweit steigender Qualität im ÖPNV erreicht. Noch fehlt aber die komplette Bundesfinanzierung auf der Zeitachse und das Landeskonzept für die Betriebskosten. Der RRX kommt trotz großspuriger Ankündigungen leider nicht vor 2020, aber Streichungen im Fernverkehr und bei Haltepunkten erfolgen.

... gegen die absehbare Lkw-Lawine ein schlüssiges Konzept entwickeln. NRW als Transitland ist besonders betroffen und aus unseren Autobahnen drohen Parkplätze für Lkw zu werden. Wir brauchen keine Monster-Trucks, sondern eine kostendeckende Lkw-Maut. Güter gehören mehr auf die Schiene und das Binnenschiff.

... unter die Räder gekommen. Lärmschutzpolitik ist besonders beim Straßen- und beim Luftverkehr nicht feststellbar. Trotz einstimmiger Landtags-Beschlüsse wird das Passagier-Nachtflugverbot in Köln nicht umgesetzt. Auch der Umweltzonen-Flickenteppich im Ruhrgebiet ist Symbol des umweltpolitischen Versagens.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer

Wie viel Nichtraucherschutz darf es sein?

Opposition kritisiert Gesetzentwurf der Landesregierung

Foto: Schälte

1. April 2009 – In erster Lesung hat der Landtag über eine Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes beraten und den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/8806) zur Detailberatung federführend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen. Die Regierung will mit dem Gesetzentwurf das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 30. Juli 2008 umsetzen, das ein absolutes Rauchverbot oder aber eine widerspruchsfreie Ausnahmeregelung vorschreibt. Nach dem Entwurf sollen Gäste in Einraum-Gaststätten rauchen dürfen, solange dieser kleiner als 75 Quadratmeter ist, es keinen abgetrennten Nebenraum gibt, Minderjährige keinen Zutritt haben und es keine zubereiteten Speisen gibt.

Die Menschen, begründete **Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann** (CDU) den Gesetzentwurf, wollten ein Nichtraucherschutzgesetz mit Augenmaß. Ein generelles Rauchverbot sei nicht sein Ziel. Bereits einen Tag nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe sein Ministerium die 75-Quadratmeter-Übergangsregelung geschaffen, die nun gesetzlich verankert werden solle. Erwachsene sollten selbst entscheiden können, ob sie in dafür vorgesehenen Räumen neben Getränken auch Tabak konsumieren wollten. Außerdem berücksichtige ein absolutes Rauchverbot ohne Ausnahmeregelung nicht angemessen die Interessen der Wirtinnen und Wirte. Diese müssten aber am Eingang deutlich kenntlich machen, wenn sie sich für eine Rauchergaststätte entschieden hätten, so der Minister.

Ulla Meurer (SPD) warf der Regierung vor, mit dem Gesetzentwurf die Raucherlobby zu stärken. Auch sei der Schutz von Minderjährigen vor dem Passivrauchen mangelhaft. „Wenn es Ihnen ernst damit wäre, Kinder und Jugendliche zu schützen, könnten Sie weitere Änderungen vornehmen.“ So sei Kindern und Jugendlichen nicht nur der Zutritt zu Raucherkneipen zu verbieten, sondern auch zu abgetrennten Raucherbereichen größerer Gaststätten. Auch die Beschäftigung von Minderjährigen sowie von werdenden Müttern in diesen Räumen müsse untersagt werden. „Damit wären Sie auf einer Linie mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil.“ Rauchen, schloss die SPD-Sprecherin, sei kein natürliches Grundrecht des Menschen

– der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit aber sehr wohl.

„Den Koalitionsfraktionen ist bewusst, dass Rauchen eine gefährliche Sucht ist“, beteuerte **Hubert Kleff** (CDU). Die Gefährdung gelte auch das Passivrauchen. Immerhin würden bundesweit jedes Jahr mehr als 3.000 Nichtraucherinnen und Nichtraucher sterben. Allerdings müsse man beim Nichtraucherschutz auch die Lebenswirklichkeit und die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft berücksichtigen. Mit einem absoluten Rauchverbot werde insbesondere in den Dörfern „in der letzten Kneipe das Licht ausgehen“. Kleff bezeichnete den Gesetzentwurf deshalb als einen Meilenstein in der Gesundheitspolitik des Landes NRW. Nach zehnjähriger Untätigkeit der rot-grünen Vorgängerregierung wolle man nun einen Nichtraucherschutz schaffen, der auch von den Menschen akzeptiert werde.

Auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP) sprach sich für seine Fraktion gegen ein absolutes Rauchverbot aus: Über die künftige Situation in kleinen Kneipen sollten Gäste und Wirte entscheiden und nicht der Staat. Dieser solle nicht alles bis ins kleinste Detail regeln. Das gelte auch für die Angestellten, die in Rauchergaststätten arbeite-

ten. Sie sollten selbst entscheiden können, „ob sie einen Job in einer Raucherkneipe wollen oder vielleicht keinen Job wollen, weil gar kein Job mehr vorhanden ist“. Denn ein absolutes Rauchverbot bedeute weniger Gäste, schließlich seien immer noch 30 Prozent der Bevölkerung Raucherinnen oder Raucher. Zugleich kritisierte Romberg die Opposition dafür, dass es während ihrer Regierungszeit „kaum Oasen“ ohne Qualm gegeben habe.

Die Botschaft „lieber Lungenkrebs als arbeitslos“ sei zynisch und gehe an den Interessen der Menschen vorbei, reagierte **Barbara Steffens** (Grüne) empört auf die Aussage ihres Vorredners. Bayern sei ein gutes Beispiel für einen konsequenten Nichtraucherschutz. „Dort schließen die schlechten Kneipen. Die guten haben nicht zugemacht.“ Im Gegensatz dazu sei der Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen ein Flickenteppich und zudem ein Schutzgesetz für die Raucherlobby. Der neue

Gesetzentwurf verschärfe die Situation durch die zusätzliche Ausnahme noch einmal. Die Regierung habe es nicht einmal geschafft, den „Wahnsinn“ der Raucherclubs aus dem Gesetz herauszunehmen. „Es wird zu einem weiteren Ausufernden dieser Raucherkneipen kommen“, prophezeite Steffens.

Daniela Braun



Bedarfsgerechten Wohnungsbau fördern

Sachverständige zur Rolle des Landes und der Kommunen

23. April 2009 – Mit der Föderalismusreform ist die soziale Wohnraumförderung in die Verantwortung der Länder übergegangen. Vor diesem Hintergrund verlangen die Grünen von der Landesregierung Eckpunkte für ein Wohnungsgesetz (Drs. 14/6339). Auf ihren Antrag fand im Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz: Wolfgang Röken, SPD) eine Anhörung zu diesem Thema statt.

Ein Wohnungsförderungsgesetz sollte eher „schlank“ gehalten werden und sich auf die Regelung der grundlegenden Rahmenbedingungen beschränken. So die Kernaussage des Städtetags NRW, vertreten durch Gesine Kort-Weiher. Regionale Unterschiede verlangten regionale und lokale Ansätze; man müsse also auf die Fachkompetenz vor Ort setzen und die kommunale Ebene stärken. Bedenken äußerte die Vertreterin des Städtetags gegen eine „Vollintegration“ des Wohnungsbauvermögens in die NRW.Bank; dies könne bedeuten, dass die Wohnraumförderung mit anderen Förderbereichen des NRW.Bank-Gesetzes konkurrieren müsse.

Stephan Keller vom Städte- und Gemeindebund ergänzte diese Aussagen durch den Hinweis, dass auch die Wohnungsförderung den demographischen Wandel wie auch den Klimaschutz aufgreifen müsse; insofern seien also Aspekte des seniorengerechten Wohnens wie auch der „energetischen Ertüchtigung“ zu berücksichtigen. In die Gestaltung des Mietniveaus solle neben der Einkommenssituation der Zielgruppen auch das Einnahmeinteresse der Investoren einbezogen werden.

„Für das Jahr 2009 wurde der Mittelansatz für das Wohnungsbauförderungsgesetz auf 950 Millionen Euro bedarfsgerecht aufgestockt“, stellte Hartmut Miksch von der Architektenkammer NRW fest. Ein neues Wohnungsbau-gesetz müsse sicherstellen, dass ein solches Finanzvolumen dauerhaft bereitstehe. Miksch sprach sich für eine Ausweitung der Einkommensgrenzen aus und warnte angesichts des Rückgangs des Sozialwohnungsbestands von 1,4 Millionen Wohnungen im Jahr 1993 auf ca. 720.000 heute vor Wohnungsknappheit.

Die Entwicklung neuer, zukunftstauglicher Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen, die möglichst lang eine selbstständige Lebensführung beibehalten wollen, war eine zentrale Forderung von Dr. Hubertus Brauer (Ingenieurkammer Bau NRW). Hinzu kommen müsse aber auch eine Aufwertung von Wohnsiedlungen und Stadtquartieren. Er teilte die Vorbehalte gegen die Vollintegration des Wohnungsbauvermögens in die NRW.Bank. Die politische, insbesondere parlamentarische Kontrolle der Wohnungsbauförderung müsse gewährleistet bleiben.

Der Bund Deutscher Baumeister, vertreten durch Thomas Kempfen, wies zusätzlich zu den genannten Anforderungen auf den Bedarf an familiengerechten Wohnungen, an Singlewohnungen sowie im Bereich des generationenübergreifenden Wohnens hin. Notwendig sei, dass Städte und Gemeinden „Masterpläne“ für den sehr heterogenen NRW-Wohnungs-markt aufstellten.

„Kommunale Wohnraumkonzepte sollen zur Fördervoraussetzung gemacht werden bei gleichzeitiger Budgetierung der Fördermittel an die Kommunen.“ So der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland, dessen Position durch Roswitha Sinz erläutert wurde. Eine solche gesetzliche Vorgabe solle es auch finanzschwachen Kommunen ermöglichen, diese Aufgabe den kommunalen Pflichtaufgaben zuzuordnen.

NRW habe im bundesweiten Vergleich den größten Anteil im Bereich des sozialen Wohnungsbaus; dies müsse durch das Wohnungsgesetz untermauert werden, meinten übereinstimmend Falk Kivelip wie auch Alexander

Rychter vom Verband freier Immobilien- und Wohnungswirtschaft.

Es gebe keinen flächendeckenden Wohnungsmangel, allerdings punktuelle Probleme bei seniorengerechten Wohnungen sowie „Armut-inseln“. Diese Fragestellungen müssten in der Wohnungsbauförderung aufgegriffen werden, so Prof. Dr. Volker Eichener, INWIS GmbH.

Die Zukunftsfähigkeit des Landes NRW in den Bereichen der Stadtentwicklung, des Wohnens und der sozialen Integration werde „aufs Spiel gesetzt“ – so demgegenüber die Befürchtung des Deutschen Mieterbunds NRW. Ihr Sprecher Bernhard von Grünberg warnte aufgrund eines Einbruchs der Bautätigkeit davor, dass die Wohnungsbauförderung durch die Integration in die NRW.Bank in Konkurrenz zu anderen Bereichen kommen und somit vernachlässigt werden könnte. In Kombination mit der „unverhältnismäßig“ hohen Förderung von Eigentum müsse mit starken Mieterhöhungen gerechnet werden.

Wolfgang Kiehle von der WohnBund-Beratung NRW wies darauf hin, dass in wirtschaftlichen „Schrumpfungsregionen“ Kommunen die notwendigen Aufgaben im Bereich der Wohnbauförderung, wie sie in der Anhörung vorgebracht worden seien, häufig nicht mehr bewältigen könnten. Dieser Tatsache müsse das avisierte Gesetz Rechnung tragen. cw

Der Ausschuss beschäftigt sich voraussichtlich noch vor der Sommerpause wieder mit dem Thema.

Erfahrungsaustausch vor Beginn der Anhörung

Foto: Carina Dericks



Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9042	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	1. Lesung 7.5.2009	14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft LANDESREGIERUNG	Rechtsausschuss	Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 17.6.2009
14/9022	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 6.5.2009	14/8554	Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	weitere Beratung Ende April
14/8947	Gesetz zur Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen (EA-Gesetz NRW) LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	1. Lesung 6.5.2009	14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	Beratung im Ausschuss am 10.6.2009
14/8903	Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 6.5.2009	14/8329	Förderung der politischen Partizipation zugewandelter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden GRÜNE	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration	abschließende Beratung am 28.5.2009
14/8884	Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer CDU, FDP	Überweisung an den Umweltausschuss	1. Lesung 1.4.2009	14/8036	Änderung der Regelung der Ladenöffnungszeiten SPD	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	2. Lesung 6./7.5.2009
14/8883	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden CDU, FDP	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik	abschließende Beratung im Ausschuss am 10.6.2009	14/8025	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	2. Lesung 6./7.5.2009
14/8861	Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch LANDESREGIERUNG	Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	2. Lesung 27./28. 5.2009	14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerbildung LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 6./7.5.2009
14/8806	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in NRW LANDESREGIERUNG	Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend)	Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 10.6.2009	14/7925	Bergmannsversorgungsschein LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	2. Lesung 6./7.5.2009
14/8781	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit LANDESREGIERUNG	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 6./7. 5.2009	14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW SPD	Rechtsausschuss	öffentliche Anhörung am 17.6.2009
14/8780	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens LANDESREGIERUNG	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	2. Lesung 6./7.5.2009	14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Untergesetzliche Regelung durch Vereinbarung beabsichtigt – Beratungen laufen
				14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 1./2 April 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/8650	Nachtragshaushaltsgesetz 2009	LANDESREGIERUNG	2/3. Lesung am 1.4.2009	angenommen
14/8644	Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in NRW	CDU, FDP	2/3. Lesung am 1.4.2009	angenommen
14/8630	Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 2.4.2009	zugestimmt
14/8290	Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 2.4.2009	angenommen
14/8176	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 1.4.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Weitergehende Informationen finden Sie auf www.landtagintern.de. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Foto: Schälte

Politische Teilhabe für Zugewanderte

Integration ausbauen – zwei Gesetzentwürfe im Landtag

26. März/29. April 2009 – Zugewanderte Bürgerinnen und Bürger sollen sich zukünftig verstärkt an der politischen Arbeit in ihren jeweiligen Gemeinden beteiligen können. Dies sehen mittlerweile zwei Gesetzentwürfe vor, die der Landtag derzeit berät. Zu dem Entwurf von den Grünen (Drs. 14/8329) gab es am 26. März eine Anhörung im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (unter Leitung der stellv. Vorsitzenden Marlies Stotz, SPD), zum anderen Entwurf, vorgelegt von CDU und FDP (Drs. 14/8883), am 29. April 2009 ein Sachverständigengespräch im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Hier Auszüge aus beiden Beratungen.

Als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen (LAGA) NRW betonte Tayfun Kelttek am 26. März 2009, dass Ausländerbeiräte nicht mehr zeitgemäß seien. Inzwischen könne man aus der neunjährigen Erfahrung mit Integrationsräten in den Kommunen eine positive Bilanz ziehen. 50 von 60 Gemeinden hätten sich in der Experimentierphase für den Integrationsrat entschieden. Auch politisch unerfahrene Migrantinnen und Migranten kämen hier zu Wort und sähen sich nicht mehr durch eine Überzahl von politisch erfahrenen Ratsmitgliedern an den Rand gedrängt. Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung sei es von immenser Bedeutung, dass die Zugewanderten sich auch mit dem zu wählenden Gremium identifizieren könnten.

Gülstan Yüksel (Integrationsrat Mönchengladbach), Halide Özkurt-Atmaca (Ausländerbeirat Krefeld) und Alexander Slonka (Mehr Demokratie e.V.) schlossen sich den Ausführungen Keltteks weitgehend an.

Ebenso sprach sich Uli Paetzel, Bürgermeister der Stadt Herten, für den Integrationsrat

aus. Durch eine Zusammenlegung seiner Wahl mit der Kommunalwahl lasse sich eine höhere Wahlbeteiligung erzielen und der bürokratische Aufwand minimieren. Im Namen der kommunalen Spitzenverbände begrüßte Anne Wellmann die Änderung des Paragraphen 27 der Gemeindeordnung noch vor der Kommunalwahl ebenso wie die Erweiterung des aktiven Wahlrechts auf Eingebürgerte und Spätaussiedler. Allerdings sei nicht verständlich, dass Eingebürgerte nur bis fünf Jahre nach der Einbürgerung wählen dürften.

Annette Seiche (Integrationsbeauftragte der Stadt Kerpen) und Luigi Costanzo (Migrationsausschuss Remscheid) sprachen sich ausdrücklich für den Migrationsausschuss aus. Dieser sei auch in der Öffentlichkeit angesehenere als ein Integrationsrat, eine Gleichberechtigung beider Modelle sei wünschenswert.

Der Integrationsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, stellte heraus, dass Kompetenz, Ressourcen und das Engagement der Migrantvertretungen in einem Paket gebündelt und ausgebaut werden sollten.

Eine generelle Aufwertung des Themas Integration in den Kommunen forderte Adolf Sauerland, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg. Entscheidend sei die Unterstützung durch den Hauptverwaltungsbeamten, daher plädierte er dafür, die Querschnittsaufgabe Integration beim Oberbürgermeister anzusiedeln.

ZWEITER GESETZENTWURF

Das Sachverständigengespräch am 29. April 2009 im Kommunalausschuss behandelte den Entwurf der Regierungsfractionen von CDU und FDP zum gleichen Thema und konzentrierte sich auf die Punkte „Integrationsrat oder Integrationsausschuss?“ beziehungsweise Wahlberechtigung. Insbesondere die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen (LAGA, vertreten durch Tayfun Kelttek) wandte sich gegen das Modell eines Integrationsausschusses, in dem die Ratsmitglieder die Mehrheit und auch den Vorsitz stellen müssen. Diese Haltung wurde auch von der Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Mönchengladbach, Gülstan Yüksel, unterstützt. Den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, erläutert von Dr. Manfred Wienand und Anne Wellmann, konnte die LAGA allerdings mittragen: Demnach soll der Integrationsrat als Grundmodell vorgesehen werden, von dem nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden darf. Sybille Hausmann, Migrationsbeauftragte des Kreises Düren, kritisierte hinsichtlich der Verpflichtung zur Einrichtung eines solchen Gremiums die Bezugnahme auf die Ausländerzahl; die Bezugnahme auf die Einwohnerzahl wäre unbürokratischer und nachvollziehbarer.

Alle vier Sachverständigen sprachen sich dagegen aus, bei der Ausweitung des Wahlrechts auf Eingebürgerte und Spätaussiedler eine Frist von längstens fünf Jahre festzulegen (wer die deutsche Staatsangehörigkeit länger besitzt, hat kein Wahlrecht mehr). Sie sei willkürlich und unterlaufe möglicherweise das Ziel der Integration. Mindestens solle sie zehn Jahre betragen (kommunale Spitzenverbände) oder entfallen.

Anica Bömkel/cw

Der Integrationsausschuss wird sich voraussichtlich am 28. Mai 2009 mit beiden Gesetzentwürfen befassen, der Kommunalausschuss, der auf Abgabe eines Votums zum Entwurf der Grünen verzichtet, wird den federführend von ihm behandelten Entwurf von CDU und FDP abschließend am 10. Juni 2009 beraten.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Minister im Gesundheitsausschuss: NRW hat Schweinegrippe im Griff

Die weltweite Verbreitung der Schweinegrippe sei nicht schön, aber es stehe auch keine Katastrophe vor der Tür, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Einen Impfstoff zu entwickeln dauere etwa ein halbes Jahr. Das Land besitze aber von dem Grippe-Medikament Tamiflu genug für 30 Prozent der Bevölkerung, „und das wirkt auch“. Weitere Tamiflu-Vorräte in den Apotheken kämen hinzu. Die NRW-Flughäfen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser und niedergelassenen Ärzte seien informiert und sensibilisiert worden. Jedes der wöchentlich 23 Flugzeuge, die aus Mexiko oder den USA in Düsseldorf landeten, werde von einer Ärztin oder einem Arzt betreten, bevor die Fluggäste ausstiegen. So wolle man erreichen, dass fiebrige Passagiere sich direkt in der Flughafenklinik untersuchen lassen. Mit 100.000 Betten in NRW-Krankenhäusern und 20.000 weiteren in Reha-Kliniken sei man zudem strukturell gut aufgestellt.

Sonntagsspiele in der ersten Fußballbundesliga: Sportausschuss sieht Pläne kritisch

Ablehnend haben sich alle vier Fraktionen im Sportausschuss (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) zu den Plänen der Deutschen Fußball Liga geäußert, künftig ein Spiel der 1. Fußballbundesliga sonntags um 15.30 Uhr anzupfeifen. Abgeordnete äußerten unter anderem die Sorge, der Amateurfußball mit seinen Sonntagspartien könnte unter den geänderten Spielzeiten und einem sinkenden Zuschauerinteresse in den Stadien leiden. Unterschiedlich bewerteten die Fraktionen allerdings die Frage, inwieweit die Landespolitik Einfluss auf die Pläne der Deutschen Fußball Liga nehmen könne. Während die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen eine entsprechende Initiative der Landesregierung forderten, vertraten CDU und FDP die Meinung, die Landespolitik könne in dieser Frage nur wenig ausrichten. Für die Landesregierung erklärte Staatssekretär Manfred Palmen im Sportausschuss, die politischen Handlungsmöglichkeiten seien „stark eingeschränkt“. Es könne nicht die Aufgabe des Staates sein, sich in Verbandsangelegenheiten einzumischen.

Ingenieurinnen: Übergang von der Hochschule in die Wirtschaft bleibt schwierig

Der Anteil weiblicher Absolventinnen in den Studienfächern Mathematik und Bauingenieurwesen sei gestiegen, berichtete Prof. Barbara Schwarze vom Kompetenzzentrum Technik – Diversity – Chancengleichheit im Frauenausschuss (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Ingenieurinnen seien wichtig, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die regionale Wirtschaft zu stärken. Trotzdem gebe es unverhältnismäßig viele arbeitslose Ingenieurinnen. Während jun-



Illustration: Peter Flock

ge Frauen nach dem Hochschulabschluss eine Arbeitsstelle in Forschung, Wissenschaft oder öffentlichen Institutionen fänden, falle ihnen der Sprung in die Wirtschaft sehr schwer. Eine wesentliche Ursache sah die Professorin im männlichen Image des Ingenieurberufs. Kreatives, internationales oder kommunikatives Arbeiten werde mit den technischen Berufen nicht in Verbindung gebracht. Dabei habe sich vieles getan, das nun aber auch über die Schulen, über gezielte, an Mädchen und Frauen gerichtete Werbung und über die Hochschulen kommuniziert werden müsse. In den Hochschulen gebe es gute Projekte, um den Übergang in den Beruf zu erleichtern, allerdings kaum mit Bezug zur freien Wirtschaft. Die Expertin sah hier auch die Unternehmen in der Pflicht, ihre Erwartungen und Angebote besser zu kommunizieren.

Keine Krisenstimmung: RAG-Stiftung blickt im Wirtschaftsausschuss nach vorn

Der mittelfristig vorgesehene Börsengang der RAG-Stiftung sei durch die Wirtschaftskrise

nicht gefährdet, versicherte der Vorstandsvorsitzende Wilhelm Bonse-Geuking den Abgeordneten im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Allerdings sei aufgrund der Wirtschaftskrise noch kein präzises Datum für den Börsengang zu nennen. Der Unternehmenslenker zeigte sich zuversichtlich, dass die Krise überwunden und damit ein Verkauf von Evonik-Anteilen an der Börse bis zum anvisierten Jahr 2013 möglich werde. „Nur nicht unter Wert“, machte Bonse-Geuking im Landtag deutlich. Schließlich müsse man über diese Erlöse auch die Finanzierung der sogenannten Ewigkeitslasten des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen sicherstellen. Und um dieses Ziel zu erreichen, habe man noch zehn Jahre Zeit. Die Integration zusätzlicher (Groß-)Investoren in die Stiftung mochte er ebenfalls nicht ausschließen. Konkrete Pläne hierzu gebe es aber nicht.

Videoüberwachung an Schulen: Schulträger entscheiden selbst über Videoüberwachung

Angestoßen von der CDU-Forderung nach mehr Videoüberwachung an Schulen, setzte die Grünen-Fraktion das Thema auf die Tagesordnung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Schulministerin Barbara Sommer (CDU) warb dort für eine Kultur des Hinsehens, betonte aber, das Ministerium wolle über die gesetzlichen Regelungen hinaus keine weiteren Vorgaben machen. Jeder Schulträger könne wie bisher gemeinsam mit der Schule entscheiden, ob er eine Videoüberwachung nach Schulschluss – stets unter strengen Auflagen – für nötig erachte. Alternativen wie bauliche Maßnahmen oder zusätzliches Personal brachte die Landesdatenschutzbeauftragte Bettina Sokol ins Spiel. Sommer begrüßte es, wenn sich Schulgemeinschaften durch den Einsatz von Videokameras sicherer fühlten. Gewaltdelikte oder Sachbeschädigungen seien so zu vermeiden. Vertreter der CDU-Fraktion vermuteten eine gewisse Unsicherheit seitens Schulen, was mögliche Maßnahmen betreffe. Dies bestätigte Sokol, die dazu einen Leitfaden herausgegeben hat. „Kameras täuschen nur Sicherheit vor“, warnte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) unter Zustimmung von SPD und Grünen. Ute Schäfer (SPD) kritisierte, die CDU-Forderung könnte Schulen ermutigen, zu weit zu gehen und unwissentlich gesetzliche Vorgaben zu missachten.

Die Sitzverteilung in den Räten war Thema im Kommunalausschuss.

Foto: Schälte

Neue Sperrklausel für die Räte?

Sachverständige fordern eine Hürde im Kommunalwahlgesetz

29. April 2009 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen im Kommunalwahlgesetz die Mindestsitzklausel streichen. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hatte Ende 2008 entschieden, dass die Klausel unter anderem das Recht der Parteien auf Chancengleichheit verletze. Die Klausel lässt bislang Parteien und Wählergruppen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt, solange diese nicht eine Mindestsitzzahl von 1,0 erreichen. Im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) nahmen nun Sachverständige Stellung zur geplanten Gesetzesänderung (Drs. 14/8335). Sie äußerten sich außerdem zu der Frage, inwiefern die Einführung einer neuen Sperrklausel für die Räte sinnvoll sei.

Angesichts der verfassungsgerichtlichen Lage sei die Abschaffung der Mindestsitzklausel folgerichtig, meinte Dr. Manfred Wienand, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags NRW. Allerdings gab er zu bedenken, dass eine zunehmende politische Zersplitterung der kommunalen Vertretungen deren Funktionsfähigkeit weiter erschwere. Dieser Ansicht waren die meisten Fachleute. Sie befürworteten mehrheitlich eine Wiedereinführung einer Sperrklausel zwischen 2 und 2,5 Prozent für die kommunalen Räte.

„Die Meinungs- und Mehrheitsbildungen sind zum Teil deutlich erschwert“, sagte Dr. Marco Kuhn, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landkreistags NRW. Mit diesem Problem befasste sich der vorgelegte Entwurf nicht hinreichend, so seine Kritik. Kuhn forderte den Gesetzgeber daher auf, eine Studie über die Auswirkungen der gestrichenen Sperrklausel auf die Arbeit der Räte durchzuführen. Für eine derartige Erhebung plädierte auch Anne Wellmann für den Städte- und Gemeindebund NRW. Zudem seien die Erfahrungen anderer Bundesländer in die Studie einzubeziehen. „Wie gestört müssen unsere Räte sein, damit wir von einer ernsthaften Funktionsstörung reden können?“, fragte Dr. Andreas Osner für die Bertelsmann Stiftung. Durch die Zersplitterung leide in den Kommunen das ehrenamtliche Engagement. Eine Mitarbeit in den Gremien und Räten werde

zunehmend unattraktiver, wenn immer mehr Einzelpersonen und Kleinstgruppierungen die Entscheidungsfindung erschweren.

FUNKTIONSTÖRUNG?

Erste Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter nordrhein-westfälischen Kommunen konnte Prof. Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum präsentieren. Gerade in Großstädten mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sah er eine „deutliche Funktionsstörung“ durch den Wegfall der Sperrklausel gegeben. Vielerorts sei „Chaos“ in den Räten festzustellen, da dort durchschnittlich acht Gruppierungen vertreten seien. In 35 Prozent aller Großstädte seien zudem keine klaren Mehrheiten mehr zu erkennen. Bogumil schlug vor, eine neue Sperrklausel bei 2,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen einzurichten. Diese sei vor dem Verfassungsgerichtshof zu vertreten. Das wiederum bezweifelte Prof. Thorsten Koch von der Universität Osnabrück. Es sei verfassungsgerichtlich nicht festgelegt, wo die Grenze zwischen einer Funktionsbeeinträchtigung und einer Funktionsstörung der Räte verlaufe. Koch wies jedoch darauf hin, dass der Wegfall der Mindestsitzklausel kleinere Gruppierungen bevorzugen würde, da diese rechnerisch für einen Ratssitz weniger Stimmen benötigten als die größeren Parteien. Vor diesem Hintergrund lehnte Reiner

Breuer, Sachverständiger der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, den Gesetzentwurf ab: „Die kommunale Selbstverwaltung wird geschädigt.“ Schon jetzt sei es für die etablierten Parteien schwierig genug, geeignete Kandidatinnen oder Kandidaten für die Räte zu finden. Mit praktischen Beispielen untermauerte Volker Wilke (Grüne/Alternative in den Räten NRW) diese Eindrücke und berichtete, wie sich in Räten politische Konstellationen kaum mehr inhaltlich erklären ließen. Vielmehr würden sich Kleinstgruppen nur deshalb zu Fraktionen zusammenschließen, um finanzielle Zuschüsse zu erhalten. „Für die Wähler wird es so immer schwieriger, Entscheidungen nachzuvollziehen.“

Einen Appell an die Abgeordneten richtete schließlich Frithjof Kühn, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Der CDU-Politiker rief den Ausschuss auf, für die Unabhängigkeit der Legislative gegenüber der Judikative einzutreten. Die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs müssten neu verhandelt werden. „Die Bürger erleben Demokratie zuallererst in den Kommunen“, so Kühn. Es sei die Aufgabe der Abgeordneten, dort Demokratie zu erhalten. Eine landesweite Sperrklausel sei in diesem Sinne notwendig, um die Arbeit der Räte zu gewährleisten. SW

Der Ausschuss berät am 10. Juni 2009 abschließend über das Gesetz.

Land fördert insgesamt 74.669 Plätze für Unterdreijährige

Eine gute Nachricht für alle Familien in Nordrhein-Westfalen mit Kindern unter drei Jahren: Erstmals sind alle durch die Kommunen gemeldeten Bedarfe an Betreuungsplätzen gedeckt. „Es werden deutlich mehr Plätze für unter dreijährige Kinder in Tageseinrichtungen (plus 13.824 Plätze) und in der Kindertagespflege (plus 2.100 Plätze) geschaffen“, berichtet die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner (Foto). Diese Zahlen machten deutlich, dass das



Gesetz zur frühen Bildung und Betreuung von Kindern – das sogenannte KiBiz – greife. „Ab 1. August 2009 fördert das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 74.669 Plätze für Unter-

dreijährige. Damit werden zu Beginn des kommenden Kindergartenjahres 58.424 Plätze in Kindertageseinrichtungen und 16.245 Plätze in der Kindertagespflege angeboten“, so Kastner weiter. „Für die frühe Bildung von Kindern und deren Betreuung gibt die schwarz-gelbe Landesregierung so viel Geld aus wie noch keine Landesregierung zuvor in der Geschichte des Landes. Im Jahre 2009 investieren wir insgesamt 1,2 Milliarden Euro in unsere Kinder.“

Die Christdemokratin verweist darauf, dass die frühere SPD-geführte Landesregierung die Betreuung von Kindern „sträflich“ vernachlässigt habe. Kastner: „Als Jürgen Rüttgers im Mai 2005 das Ruder



als Ministerpräsident übernommen hat, trug Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Ländervergleich die Rote Laterne als das Land mit dem geringsten Deckungsgrad an Betreuungsplätzen für Unterdreijährige.“ Damals habe der Deckungsgrad im Landesdurchschnitt gerade einmal magere 2,8 Prozent betragen. Mit den aktuellen Zahlen sowie den zusätzlich belegten Plätzen in privat-gewerblichen Einrichtungen und Spielgruppen betrage der landesweite Deckungsgrad mittlerweile 19 Prozent. „Das macht deutlich: KiBiz schreibt eine Erfolgsgeschichte“, so Kastner. Das Gesetz ermögliche ein bedarfsgenaues Betreuungsangebot für Kinder und trage somit dem unterschiedlichen Betreuungsbedarf der Eltern Rechnung. „Diese Flexibilität und Wahlfreiheit haben wir mit dem Ausbau der Angebote in der Kindertagespflege noch verstärkt. Während die Kindertagesstätte feste Öffnungszeiten hat, kann man mit einer Tagesmutter die Betreuungszeiten individuell absprechen und auch Randzeiten abdecken.“ ■

FDP fordert klares Bekenntnis zum Industriestandort NRW



Ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen hat Dietmar Brockes (Foto) für die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag gefordert. „Die aktuelle Finanzkrise und die daraus resultierende Wirtschaftskrise stellen uns alle vor große Herausforderungen. Gerade deshalb brauchen wir in dieser Zeit ein klares Signal, dass die Politik hinter der Industrie, den Arbeitsplätzen und dem Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur steht“, betont der FDP-Wirtschaftsexperte.

Leider sei vielen Bürgern das Verständnis für den engen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Industrie abhanden gekommen. „Nordrhein-Westfalen basiert aber wie kein anderes Bundesland auf seiner Industrie. Der Dienstleistungssektor ist wichtig, aber ohne die belebende Kraft der Industrie würde er rasch in sich zusammenfallen“, sagt Dietmar Brockes. Nur eine intakte Wirtschaft könne den Wohlstand schaffen, der die sozialen und ökologischen Errungenschaften unseres Landes

finanzieren kann. Brockes sieht dabei die Akzeptanz in der Bevölkerung für Infrastruktur- und Industrieprojekte als Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen an.

Aber auch die richtigen Rahmenbedingungen für den Erhalt und Ausbau Nordrhein-Westfalens als Industriestandort seien nötig. Brockes: „Dazu müssen Investitionshemmnisse identifiziert und beseitigt werden. Um Wettbewerbsverzerrungen mit den europäischen Nachbarn zu vermeiden, müssen europäische und bundesrechtliche Vorga-



ben weiterhin eins zu eins umgesetzt werden.“ Über 90 Prozent der Investitionen erfolgten durch private Investoren. Deren Blockade und Abwanderung müsse verhindert werden. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP fordern vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf zu prüfen, wie die Akzeptanz der Industrie in der Bevölkerung erhöht werden kann. Zudem soll die Landesregierung im Sinne der nordrhein-westfälischen Industrie weiterhin frühzeitig Einfluss auf Regelungen und Initiativen des Bundes und der EU nehmen. ■

Über 500 Gäste beim Arbeitnehmerempfang der SPD-Fraktion im Landtag



In die Wandelhalle des Landtags hatte die SPD-Landtagsfraktion zu ihrem diesjährigen Arbeitnehmerempfang im Vorfeld des 1. Mai eingeladen. Über 500 Gäste, darunter fast alle NRW-Landesvorsitzenden der Einzelgewerkschaften, folgten der Einladung der SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannelore Kraft (Foto). In ihrer Begrüßung brachte die Fraktionschefin die Politik der SPD im Düsseldorfer Landtag direkt auf den Punkt: „Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt.“ Wie immer kämpferisch zeigte sich auch der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Guntram Schneider und blickte in seinem Grußwort schon auf die Landtagswahl im Mai 2010: „Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient.“ Als Hauptredner der Veranstaltung stellte der Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl, Martin Schulz, fest: „Aus Sicht von Europa ist die jetzige Regierung von Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe. Wir schicken UN-Soldaten in den Kongo, um die Stichwahl der Präsidentenwahl



zu sichern und Schwarz-Gelb in NRW schafft die Stichwahl bei den Kommunalwahlen ab.“ ■



Girls' Day im Landtag Mehr Angebote für gehörlose Mädchen



Wie bereits im vergangenen Jahr lud die Grüne Fraktion – in Kooperation mit dem Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderungen e.V. – anlässlich des gemeinsamen Girls' Day Mädchen mit Behinderungen in den Landtag ein. Für sie gibt es ansonsten kaum Angebote an diesem Tag. Deshalb setzte sich die Fraktion bereits in der Planungsphase dafür ein, in diesem Jahr gehör-

lose und schwerhörige Mädchen anzusprechen. Über 60 Schülerinnen folgten der Einladung mit anfänglich großer Begeisterung. Die allerdings wurde schnell gedämpft, als sie auch hier die für Gehörlose alltägliche Erfahrung machten: Ihre Anwesenheit wird weitgehend ignoriert, ihr Unterstützungsbedürfnis übergangen.

Ein Vortrag im Plenarsaal über die Funktionsweise des „Raumschiffs Landtag“, der durchaus gut gemeint und lustig war, ging an vielen der Hörgeschädigten vorbei, weil viele Sätze komplex und die Vortragsweise zu schnell waren. Ihnen nach einer schnellen Frage das Mikro zur Beantwortung hinzuhalten, führte zu Schweigen und roten Köpfen. Aber auch in den anderen Bereichen waren die Bedarfe der Zielgruppe nicht angekommen. Für den Besuch der Stände, an denen Firmen und Organisationen ihre Berufsbilder und Ausbildungsberufe präsentierten, standen leider nur zwei GebärdendolmetscherInnen zur Verfügung, aber selbst mit Übersetzung in Gebärdensprache wären die

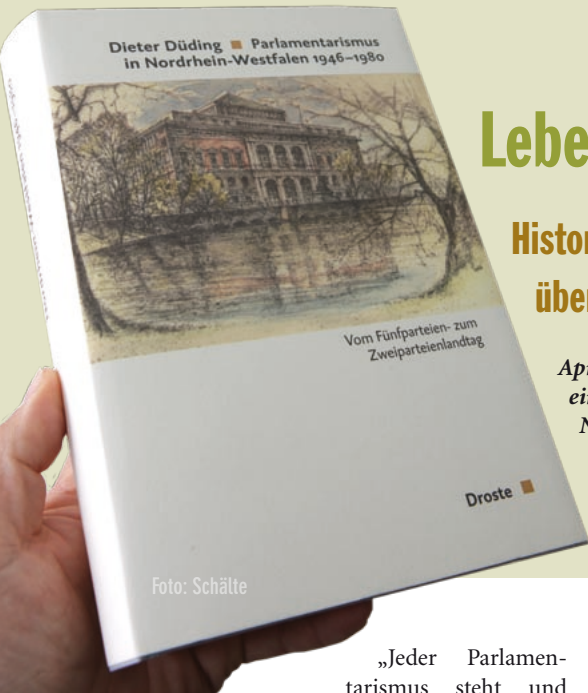
gehörlosen „Girlies“ dort nicht weit gekommen. Augenscheinlich waren die AusstellerInnen nicht auf Mädchen mit Hörschädigungen vorbereitet und konnten weder durch geeignete Kommunikationsformen noch durch Angebote auf sie reagieren. Die Fragen der Mädchen, ob die Firma XY Hörgeschädigte einstelle, in welchen Berufssparten sie gute Bedingungen vorfänden oder welche Ausbildungsberufe in diesem oder jenem Betrieb für sie besonders geeignet seien, blieben unbeantwortet.

Star des Tages war ein Friseur, der vorlebt, dass man trotz Gehörlosigkeit einen Beruf mit Kommunikationsbedarf wählen kann. Er las den „Girlies“ buchstäblich ihre Wünsche von den Lippen ab. Eine Wertschätzung, wie sie die Mädchen an diesem Tag nicht überall gleichermaßen im Landtag erfuhren ...

Fazit: Auch auf der Kommandobrücke des „Raumschiffs Landtag“ gibt es noch viel zu lernen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ... ■



Der gehörlose Friseur Ralf Kastner und Barbara Steffens Mdl., Sprecherin für Frauen- und Sozialpolitik



Lebendige Landtagsgeschichte

Historiker Dieter Düding legt umfassende Arbeit über NRW-Parlamentarismus vor

April 2009 – Dieses Werk über mehr als 30 Jahre nordrhein-westfälischer Parlamentsgeschichte hat einen bedeutenden Platz im Kanon der wissenschaftlichen Literatur über das politische System in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik verdient. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hat der Historiker Professor Dieter Düding eine umfassende Arbeit über den Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1980 verfasst. Das Buch lässt die bewegte Geschichte des Landtags lebendig werden und zeigt, wie politische Akteurrinnen und Akteure die Parlamentsarbeit nachhaltig geprägt haben.

„Jeder Parlamentarismus steht und fällt mit den in ihm agierenden Personen“, schreibt Professor Dieter Düding in seinem Werk über die nordrhein-westfälische Parlamentsgeschichte von 1945 bis zur ersten Amtszeit von Johannes Rau als Ministerpräsident Ende der 1970er-Jahre. So ist es nur konsequent, dass Düding nicht allein die institutionellen Rahmenbedingungen der landespolitischen Entscheidungsprozesse, sondern darüber hinaus das konkrete Handeln bedeutender landespolitischer Akteure in den Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Betrachtungen stellt. Anschaulich zeigt der renommierte Parlaments- und Parteienforscher auf über 700 Seiten: Politische Führungspersonlichkeiten wie der erste CDU-Fraktionsvorsitzende und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer, wie der Sozialdemokrat Heinz Kühn oder die liberalen Nachwuchskräfte („Jungtürken“) um Wolfgang Döring haben die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Landespolitik und des noch jungen Landesparlaments deutlich geprägt. Der Blick auf die persönlichen Antriebe und die biografischen Hintergründe der Landespolitikerinnen und Landespolitiker in den ersten Nachkriegsjahrzehnten macht das Buch umso spannender auch für ein breites Lesepublikum.

Präzise schildert Düding das Agieren der politischen Persönlichkeiten in ihren Fraktionen und Parteien, in der alltäglichen Parlamentsarbeit und „hinter den Kulissen“ der Landespolitik. Wichtigen landespolitischen Ereignissen wie beispielsweise dem ersten konstruktiven Misstrauensvotum in der bundesdeutschen Geschichte – 1956 herbeigeführt im Landtag von SPD und FDP – gewinnt der Autor dank detaillierter Recherchen neue Facetten und wissenschaftliche Erkenntnisse ab. Von den beschwerlichen Anfangsjahren der Landespolitik nach 1945 über die Reformpolitik der 1960er-Jahre bis hin zu den Herausforderungen der Wirtschaftskrise in den 1970er-Jahren macht Düding deutlich, wie sich die politischen Bündnisse und Konstellationen im Landtag stets weiter entwickelt und angepasst haben.

VOM FÜNF- ZUM ZWEIPARTEIENLANDTAG

Wie aus dem Fünfparteienlandtag in seinen Anfangsjahren (aus CDU, SPD, FDP, Zentrum und KPD) ein Zweiparteienlandtag nach den Wahlen 1980 (aus CDU und SPD) wurde, ist eine auch für das historische Verständnis der bundespolitischen Entwicklungen höchst spannende Frage. Schließlich sind Landes- und Bun-

despolitik – auch das lässt Düdings Werk klar erkennen – nicht zuletzt über die politischen Akteure im föderalen System eng miteinander verzahnt. Der Autor selbst, der bis 2005 Neuere Geschichte an der Universität zu Köln lehrte, verfolgt mit seinem Werk den Anspruch, eine große Lücke der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem nordrhein-westfälischen Landesparlamentarismus zu füllen. Schließlich hat es bislang keine vergleichbare Arbeit für ein Landesparlament in der Bundesrepublik gegeben. Wer sich also künftig mit Geschichte und auch mit der Gegenwart des nordrhein-westfälischen Landtags auseinandersetzen möchte, kommt an diesem Werk nicht vorbei.

Das ist auch gut so, denn das Buch bietet die beste Grundlage für weitere wissenschaftliche Betrachtungen des nordrhein-westfälischen Parlamentarismus – und die Zeit über die Landtagswahl 1980 hinaus verspricht reichlich Stoff für weitere historische Forschungen.

Sebastian Wuwer

Düding, Dieter (2008): *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946-1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag.* Verlag Droste. Köln. 823 Seiten. Leinen mit Schutzumschlag, mit zahlreichen Abbildungen. ISBN 978-3-7700-5290-5.

Austausch in München

Die konjunkturelle Lage in Deutschland und ihre Auswirkungen war Thema einer Diskussion, die eine Delegation des Wirtschaftsausschusses des Landtags NRW unter Führung des Vorsitzenden Franz-Josef Knieps (CDU, 4. v. li.) mit ihren Amtskollegen im Bayerischen Landtag in München führte. Ein zentrales Thema war dabei die durch die Bankenkrise stark beeinträchtigte Kreditvergabe.



Porträt: Lutz Lienenkämper (CDU)



Muss ein wohlstauer Düsseldorf-er Anwalt nicht ein Politik-Junkie sein, wenn er für einen Landesminister-Job der Kanzlei den Rücken kehrt? Der neue Bau- und Verkehrsminister Lutz Lienenkämper antwortet mit einem entschiedenen Nein. Ihm sei Politik nicht Droge, er könne notfalls von ihr lassen. „Aber“, dabei drückt sich Lienenkämper behaglich in die Sesselfelne seines lichten Chefzimmers, „ich will nicht auf Politik verzichten, ich hab‘ einfach Spaß am Gestalten.“

Kann denn ein Landespolitiker politisch viel bewegen, gestalten? Zieht es ihn als tüchtigen, ehrgeizigen Enddreißiger nicht mehr in die Bundespolitik? Lienenkämper sagt, er stehe nicht irgendeinem, vielmehr einem richtigen Infrastrukturministerium vor, das Voraussetzungen für Prosperität in NRW schaffen könne und dazu über die Verwendung erheblicher Steuermittel entscheiden könne. Der Jung-Minister, der in dem wohlhabenden Meerbusch im Speckgürtel der Landeshauptstadt lebt, versichert, als Kind des Westens keine Berlin-Phobie zu haben. Berlin sei eine faszinierende Stadt, aber die ständige Pendelei, die ein Mandat in der Hauptstadt erfordere, sei nichts für ihn.

Eine Heimatpflanze ist der Jurist aber nicht. Er hat privat manchen Kontinent bereist, er liebt besonders das spezielle Flair von Barcelona und würde sich, wenn er wählen könnte, die Lebensmittelpunkte Hamburg, München und Umgebung von Düsseldorf, mit Abstrichen auch Leipzig aussuchen.

Dass Lienenkämper nicht zu den Asketen, schon gar nicht zu den Miesepetern gehört,

spürt man schnell bei der unkompliziert-lebendigen Unterhaltung mit ihm. Gut zu essen und ebenso zu trinken ist ihm wichtig, ein Zeichen von Lebensfreude und Geselligkeit. Rotwein zu sammeln käme ihm nicht in den Sinn, „er wird bei mir nicht alt“. Anständig und feste zu arbeiten, sich hernach aber auch mit ordentlicher Küche und gutem Wein zu belohnen – dieses Lebensmotto der pfälzischen CDU-Legende Helmut Kohl ist seinem niederrheinischen Parteifreund vertraut. Zum Kochen fehlt ihm, dem Jungesellen, die Geduld: „Einkaufen, womöglich von Geschäft zu Geschäft eilen, das Ganze über Stunden zubereiten, und dann noch der Abwasch: nein, bitte nicht.“

Lienenkämper bekennt, kein Vorbild zu haben, sich allerdings von vielen beachtenswerten Persönlichkeiten ein bisschen abzugucken. Was entdeckt er dabei an seinem Förderer Jürgen Rüttgers? Der Geförderte antwortet ohne längeres Zögern: „Rüttgers‘ Gelassenheit und den unglaublich ausgebildeten politischen Sensus.“ Die Standardformel des Ministerpräsidenten, wonach wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille seien, trägt der auf Zivil- und Wirtschaftsrecht spezialisierte Anwalt nach eigenem Bekunden mit. Er komme zwar „aus der wirtschaftlichen Ecke“, habe jedoch als Sprecher der Fraktion für Wirtschaftspolitik noch nie eine große Meinungsverschiedenheit etwa mit Karl-Josef Laumann, dem Exponenten des CDU-Arbeitnehmerflügels, gehabt. Lienenkämper sagt, er sei weder Ideologe noch Flügelmann. Es ist wohl tatsächlich so: Wer den neuen Minister aus der Nähe erlebt, gewinnt den Eindruck eines Advokaten der jungen bürgerlich-liberalen Mitte, eines Nachwuchs-Politikers, der das CDU/FDP-Bündnis in Ausdruck und Habitus verkörpert.

Lienenkämper plädiert für den zügigen Ausbau von Straßen- und Schienennetz; den Fluglärmgegnern in seinem Düsseldorf-nahen Wahlkreis, besonders in Meerbusch, will er nicht nach dem Munde reden: „Ich bin Verkehrsministers des Landes, nicht der Lärmbeauftragte des Rheinkreises Neuss.“ Eventuelle Mahnwachen vor seinem Haus und andere Zudringlichkeiten bereiteten ihm keine schlaflosen Nächte. Außerdem sei der Flughafen Düsseldorf für die Landesregierung ein Arbeitsplatzträger erster Ordnung.

Den Tennisspieler Lutz Lienenkämper gibt es kaum noch. Radfahren, Krimis lesen und reisend fremde Länder kennenlernen gehören zu Freizeitvergnügen. Mit seinem Vorgänger, dem „geblitzten“ Oliver Wittke, empfindet er Mitleid. „Olli“ sei über eine Verkettung unglücklicher Umstände gestürzt, seine, Lienenkämpers, erste Reaktion sei gewesen: „Meine Güte, Rücktritt wegen so was?“

Reinhold Michels

Spenden für das Kölner Stadtarchiv

Am 9. Mai wird die Kunst und Kultur im Landtag besonders groß geschrieben. Der Landtag beteiligt sich an der Nacht der Museen und öffnet von 19 Uhr bis zwei Uhr nachts seine Tore für Kunstbegeisterte, die die Werke zeitgenössischer Künstler im Parlamentsgebäude bestaunen möchten.

An diesem Tag geht es dem Landtag aber auch darum, generell für unser Kulturgut zu sensibilisieren. Der Stand „Nacht der Hilfe“ informiert über die Folgen des Zusammenbruchs des Kölner Stadtarchivs und den damit verbundenen drohenden Verlust eines immensen Kulturschatzes. Besucherinnen und Besucher erhalten Gelegenheit, sich in persönlichen Gesprächen entweder mit Mitgliedern des Kulturausschusses oder mit Historikern, Archivaren und Dokumentaren über die Situation in Köln zu informieren. Nach dem Einsturz des Archivs haben sich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Informationsdienste – vom Landtag freigestellt – freiwillig an der Bergung und Restaurierung der verschütteten Kulturgüter beteiligt. Unzählige historische Dokumente müssen in mühsamer Kleinstarbeit aus Schutt und Steinen geborgen, identifiziert und versorgt werden. Die Expertinnen und Experten vor Ort finden äußerst schwierige Bedingungen vor und müssen doch retten, was noch zu retten ist. Diese Arbeiten dauern noch lange an und sind wegen des hohen Aufwands kostspielig. Um die Arbeit in Köln auch finanziell zu unterstützen, sammelt der Landtag bei der Nacht der Museen Spenden.

sow

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),

Sonja Wand (sow, Redakteurin),

Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)

Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),

884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)

Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parla-

mentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD),

Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP),

Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL

(Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes

(CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Presse-

sprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin;

Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 6. bis 26. Mai 2009

7.5. Pieper-von Heiden, Ingrid (FDP)	61
9.5. Solf, Michael-Ezzo (CDU)	63
9.5. Kastner, Marie-Theres (CDU)	59
12.5. Ortgies, Friedhelm (CDU)	59
15.5. van Dinther, Regina CDU	51
16.5. Dr. Papke, Gerhard (FDP)	48
21.5. Schwarz-Schumann, Helga (SPD)	54
21.5. Dr. Rudolph, Karsten (SPD)	47
22.5. Becker, Horst (Grüne)	53
23.5. Rühl, Elke (CDU)	61
23.5. Große Brömer, Wolfgang (SPD)	57
23.5. Howe, Inge (SPD)	57
24.5. Kruse, Theo (CDU)	61
24.5. Burkert, Oskar (CDU)	58
24.5. Lienenkämper, Lutz (CDU)	40
25.5. Remmel, Johannes (Grüne)	47
26.5. Becker, Andreas (SPD)	43

Ehemalige Abgeordnete*

11.5. Bolte, Ursula (SPD)	65
16.5. Aigner, Georg (SPD)	75
23.5. Evertz, Klaus (CDU)	65

* besondere Geburtstage ab 65

Kulturtermine im Landtag

Einblicke in die Erarbeitung und Beschließung des Grundgesetzes 1948/1949 eröffnen die Fotografien von Erna Wagner-Hehmke zum Parlamentarischen Rat, ab dem 6. Mai 2009 zu besichtigen.

„Von Moskau an den Rhein – Der Humanist Lew Kopelew in Nordrhein-Westfalen“ – Diese Ausstellung über die eindrucksvolle Persönlichkeit – Germanist, Literaturwissenschaftler, Schriftsteller und engagierter Bürgerrechtler – beginnt am 7. Mai 2009.

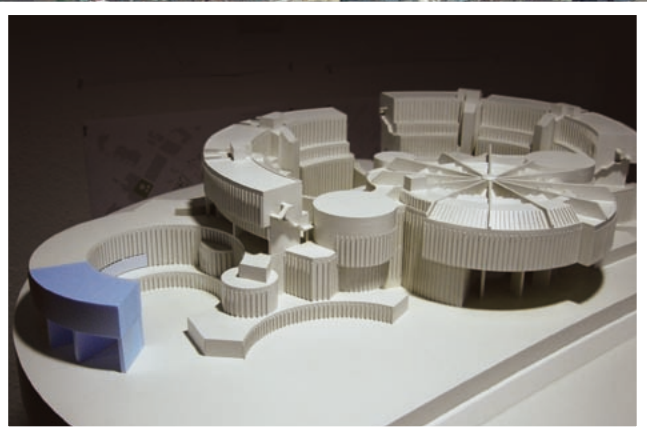
Ab dem 9. Mai, zur Nacht der Museen, sind in der Ausstellung „beziehungskisten – Ein Kunst- und Kommunikationsprojekt“ begehbare Kunstobjekte von Inge König-Gausepohl und Dini Thomsen zum Thema Europa – Deutschland – Familie zu sehen.

Am 9. Mai findet außerdem das Europafest in Düsseldorf statt. Auf der Europameile zwischen Landtag und Stadttor präsentieren sich EU-Mitgliedsstaaten und Institutionen.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW für den 7. Mai 2009 ein: um acht Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um neun Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der Landtag baut an

Rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags haben ihre Büros nicht im Parlamentsgebäude, sondern in Dependancen. Um Arbeitsabläufe effizienter zu machen und Wegzeiten einzusparen, baut der Landtag nun an. Die Beschäftigten in den Dependancen am Jürgensplatz und am Fürstenwall sollen wieder ihren Arbeitsplatz im Landtag haben. Wenn alles planmäßig verläuft, wird der Anbau bis Ende 2010 fertig sein.

Das Modell veranschaulicht anhand der blau eingefärbten Bereiche, wo die 80 neuen Büros entstehen sollen. Optisch wird sich am Parlamentsgebäude keine gravierende Änderung ergeben. Der Anbau betrifft den östlichen Flügel des Landtags. Dieser wird so erweitert, dass er in Zukunft nicht mehr nur einen Halbkreis, sondern einen Dreiviertelkreis beschreibt, die bisher offen gehaltenen Zwischenräume werden geschlossen.

Die Erweiterung des architektonischen Kunstwerks Landtag geschieht unter persönlicher Beteiligung von Architekturprofessor Eller.